

**A3-149: Geschäftsordnung der Landesmitgliederversammlung der GRÜNEN
JUGEND Baden-Württemberg**

Antragsteller*innen: Leo Buchholz

Antragstext

Von Zeile 152 bis 153 einfügen:

(6) Bei Redebeiträgen spezifischen Thema sollen nach Möglichkeit gleich viele Pro und Contra Beiträge zugelassen werden.

(7) Um Menschen mit Lernschwierigkeiten die Teilnahme an der Landesmitgliederversammlung zu ermöglichen sind alle Redebeiträge in möglichst leichter Sprache zu gestalten.

Begründung

Neben Menschen mit Sinnesbehinderungen und Menschen mit Mobilitätseinschränkungen, deren Möglichkeit zur Teilnahme durch §2 (3) gesichert wird, sind auch Menschen mit Lernschwierigkeiten vom sozialen Konstrukt 'Behinderung' betroffen. Auf der einen Seite ermöglichen wir durch einfache Sprache diesen Menschen die Teilnahme an unseren Versammlungen, auf der anderen Seite profitieren auch alle anderen Mitglieder von leicht verständlichen Redebeiträgen.

Unterstützer*innen

Mara Staudacher, Maja Wahl, Max Girrbach, Lysander Liermann, Max Meyer

A3-208: Geschäftsordnung der Landesmitgliederversammlung der GRÜNEN JUGEND Baden-Württemberg

Antragsteller*innen: Aljoscha Löffler

Antragstext

In Zeile 213 einfügen:

(2) Anträge zur Geschäftsordnung sind unter anderem:

Begründung

Die Arten der Geschäftsordnungsanträge sollten nicht absolut und abschließend formuliert sein. Andere GO-Anträge können sinnvoll sein, über deren Zulässigkeit kann dann das Präsidium im Einzelfall entscheiden.

A4-135: Gegen ein Polizeigesetz II - Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg stellt sich klar gegen eine weitere Verschärfung des Polizeiaufgabengesetzes, die über die Anpassung der DSGVO hinaus geht.

Antragsteller*innen: Anouk Noelle Nicklas

Antragstext

Von Zeile 138 bis 142:

~~der Nutzung von Bodycams in Wohnungen. Durch die Nutzung wird die Unverletzlichkeit der Privatwohnung massiv in Frage gestellt. Es sollte grundsätzlich ein*e unabhängige*r Richter*in entscheiden, ob ein Eingriff in die Privatsphäre der Wohnung angemessen ist. Eine Verwendung von Bodycams stellt sich gegen den Richtervorbehalt.~~
der Nutzung von Bodycams in Wohnungen. Diese stellt eine massive Beeinträchtigung der Unverletzlichkeit der Wohnung dar. Eine solche Beeinträchtigung sollte stets einem Richtervorbehalt unterliegen und nicht der Entscheidungsgewalt der handelnden Polizeibeamten.

Begründung

Keine inhaltlich Änderung, sondern lediglich eine juristisch korrekte Formulierung. Die Nutzung von Bodycams widerspricht nicht per se "dem Richtervorbehalt". Die Nutzung von Bodycams in Wohnungen ohne Richtervorbehalt widerspricht vielmehr dem Grundsatz, dass solche erheblichen Eingriffe einem Richtervorbehalt unterliegen sollen.

Unterstützer*innen

Julian Dietzschold, Lukas Weber, Simeon Heimbürg, Isabelle Neumann, Leander von Detten, Lukas Pilz, Thomas Zhou, Nick Sliwka

A4-183: Gegen ein Polizeigesetz II - Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg stellt sich klar gegen eine weitere Verschärfung des Polizeiaufgabengesetzes, die über die Anpassung der DSGVO hinaus geht.

Antragsteller*innen: Anouk Noelle Nicklas

Antragstext

Von Zeile 186 bis 190:

die Überprüfung aller seit der Jahrtausendwende eingeführten Sicherheitsgesetze und -maßnahmen. Sicherheitsgesetze und -maßnahmen treten oft als Reaktion auf aktuelle gesellschaftliche Veränderungen in Kraft. **Die Laufzeit von Sicherheitsgesetzen** Deren Angemessenheit sollte in regelmäßigen Abständen überprüft werden müssen. Erforderliche Anpassungen sind vorzunehmen und **-maßnahmen muss im Regelfall auf fünf Jahre begrenzt werden** dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz ist Rechnung zu tragen.

Begründung

Eine Begrenzung von Gesetzen auf eine gewisse Laufzeit bedeutet, dass nach Ablauf dieser Zeit kein Gesetz mehr vorhanden ist. Schafft es das Parlament aus irgendeinem Grunde nicht, ein Nachfolgesetz rechtzeitig zu beschließen oder wird dieses (zB aufgrund formeller Fehler) für unwirksam erklärt, hat man keine gesetzliche Grundlage mehr.

Versteht man unter "Sicherheitsgesetz" das gesamte PolG hätte das zur Folge, dass die Polizei keinerlei Befugnisse mehr hätte und auch ihre durch uns positiv bewertete Arbeit nicht mehr tun könnte. Das hätte massive Konsequenzen, die gar nicht überschaubar sind. Neben Befugnislücken können sich dadurch auch erhebliche Rechtsschutzlücken für die Bürger ergeben, da im PolG zB auch Entschädigungsregelungen vorhanden sind, die dann eben auch nicht mehr greifen würden. Die Polizei könnte die Bürger nicht mehr schützen und die Bürger würden nicht mehr vor Mitbürgern und der Polizei geschützt.

Stattdessen schlage ich die Einführung einer regelmäßigen Kontrolle der Gesetze in festgelegten Zeitabständen voraus. Werden Unverhältnismäßigkeiten festgestellt, müssen diese behoben werden. So hat man keine Rechtsschutz- bzw. Gesetzeslücken und erreicht trotzdem, dass "Reaktionsgesetze" nicht auf alle Zeit unbeirrt bestehen bleiben.

Unterstützer*innen

Julian Dietzschold, Lukas Weber, Simeon Heimbürg, Isabelle Neumann, Leander von Detten, Lukas Pilz, Thomas Zhou, Nick Sliwka

A8-023: Arbeitspolitik für eine grüne Zukunft!

Antragsteller*innen: Leo Buchholz

Antragstext

Nach Zeile 23 einfügen:

- Repräsentation für Menschen in Care- und Bildungsberufen in Entscheidungsprozessen, die sich mit ihren Arbeitsverhältnissen befassen. Um den Mangel in diesen Berufsfeldern zu bekämpfen müssen diese Berufe in allen Bereichen attraktiver werden, von der Ausbildung bis zur Altersvorsorge, vom Arbeitspensum bis zur Bezahlung.

Begründung

Der Antrag in seinem jetzigen Zustand beschäftigt sich nur mit Arbeit in Industrie & Entwicklung. Damit vernachlässigt er die Berufsfelder Bildung und Pflege in all ihren Ausführungen.

Unterstützer*innen

Mara Staudacher, Maja Wahl, Max Girrbaach, Lysander Liermann, Max Meyer

A9-049: Baden-Württemberg im Ausland: werteorientiert statt profitorientiert

Antragsteller*innen: Leo Buchholz

Antragstext

In Zeile 50 einfügen:

Wir stellen uns klar gegen CETA und das Freihandelsabkommen mit den MERCOSUR-Staaten. Die Landesregierung muss sich konsequent gegen

Begründung

Das kommende Freihandelsabkommen mit den MERCOSUR-Staaten Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay erfüllt alle im Antrag genannten Kriterien und wird hochaktuell debattiert. Es kennt keine Bestrafungsmechanismen und fördert die Verletzung der Menschenrechte der indigenen Bevölkerung des Kontinents und die klimatechnisch katastrophalen Rodungen im Amazonas-Regenwald durch den einfacheren Export von industriellen Agrar-Produkten nach Europa.

Unterstützer*innen

Mara Staudacher, Maja Wahl, Max Girrbach, Lysander Liermann, Max Meyer

A11-034: Gerechtigkeit von Anfang an - Bildung für alle!

Antragsteller*innen: Leo Buchholz

Antragstext

In Zeile 35 löschen:

- stärken!

Von Zeile 40 bis 41:

- auf eine Jahresendnote beschränkt werden!
- Ein bundesweit gerechtes Bildungssystem. Dafür unabdingbar ist ein einheitliches Abitur, damit Bildungserfolg fairer zwischen

In Zeile 44 einfügen:

- sind! Baden-Württemberg darf sich dafür auf keinen Fall aus bundesweiten Gremien wie dem Länderrat zurückziehen und auch nicht auf Sonderrollen wie beispielsweise bei der Sommerferienregelung bestehen.

In Zeile 48 löschen:

- genießen!

In Zeile 52 löschen:

- durch pädagogisch-ausgebildetes Personal zu gewährleisten!

Begründung

In einem wirklich chancengleichen Bildungssystem spielt es keine Rolle ob du in Bremen, Berlin, München oder Stuttgart zur Schule gegangen bist. Der deutsche Bildungsförderalismus schafft allerdings enorme Bildungsungerechtigkeiten.

Die baden-württembergische Kultusministerin versucht aktuell im Schulterschluss mit der CSU in Bayern die beiden süddeutschen Bundesländer aus bundesweiten Initiativen herauszuhalten. Ministerpräsident Söder begründet das mit einem süddeutschen "Biorythmus" den es angeblich nicht zu stören gilt.

Als inner- und außerparteiliche Vertretung der Jugend müssen wir diese Blockadehaltung gegenüber Ideen wie dem Zentralabitur ansprechen und uns öffentlich dagegen aussprechen.

Unterstützer*innen

Mara Staudacher, Maja Wahl, Max Girrbach, Lysander Liermann, Max Meyer